

Landrat lehnt den Klimanotstand zum dritten Mal ab

Ideologie Nach einer erneuten Mammutdebatte scheitert eine Petition der Juso zum Klimanotstand deutlich.

Der Landrat will definitiv nichts von einem Klimanotstand wissen. Nach dem Nein am 20. März zur Climate-Emergency-Resolution der jugendlichen Klimademonstranten, welche damals die SP eingebracht hatte, lehnte es das Kantonsparlament am Donnerstag auch ab, eine Petition der Juso zum Klimanotstand als Postulat zu überweisen.

Weil der Landrat im Februar bereits die Dringlichkeit der Resolution abgelehnt hatte, war die gestrige Debatte bereits die dritte zum Klimanotstand. Und sie verlief ähnlich ideologisch wie die beiden Vorgängerdebatten. Nach anderthalb Stunden wurde die von der Petitionskommission knapp mit vier zu drei Stimmen beantragte Überweisung als Postulat mit 54 zu 30 Stimmen abgelehnt. Ja sagten die Sozialdemokraten, die Grünen und die EVP, während die Bürgerlichen nichts von einer Überweisung

wissen wollten. Immerhin wurde die Petition mit 68 gegen zwölf Stimmen zur Kenntnis genommen.

Nach der Ablehnung der Climate-Emergency-Resolution unternahm die Juso Baselland mit einer Petition an den Landrat und die Regierung einen weiteren Versuch, um den Klimanotstand anhängig zu machen.

Fünf Forderungen

Fünf Forderungen stellten sie dabei, welche die Regierung «sofort» umsetzen sollte: autofreie Sonntage, vegane Ernährung in öffentlichen Institutionen, Gratis-ÖV, die 25-Stunden-Woche, um die Produktions- und Konsumgewohnheiten zu ändern, sowie ein Desinvestment von Banken und Pensionskassen aus fossilen Energieträgern.

Der Regierungsrat hatte es sich mit seiner Stellungnahme zu den Juso-Forderungen etwas

«Ich kann diesen Forderungen nichts abgewinnen. Das ist sozialistischer Unsinn.»

FDP-Landrat Marc Schinzel

einfach gemacht und sich im Wesentlichen darauf beschränkt darzulegen, warum diese unerfüllbar sind. Damit wollte sich aber eine Mehrheit der Kommission nicht zufrieden geben. Und weil sich diese Mehrheit von der Regierung mehr Offenheit gewünscht hätte, beantragte sie,

die Petition als Postulat zu überweisen, damit der Regierungsrat nochmals über die Bücher muss.

Die bekannten Positionen

Die anschliessende Debatte folgte den bisherigen Verhaltensmustern. Die Bürgerlichen von FDP und SVP wollten im Verein mit der CVP einmal mehr nichts von Klimanotstand wissen. «Wir haben auch heute noch keinen Klimanotstand. Unsere Aufgabe ist es, mit der neuen Situation umgehen zu können», sagte der Liestaler SVP-Landrat Hans Rudolf Schafroth.

Ganz anderer Meinung war dagegen Sandra Strüby (SP). Die Klimakatastrophe sei ja wohl nicht mehr wegzudiskutieren. «Die Juso-Eingabe enthält ganz wichtige Forderungen. Diese gilt es zu prüfen und nicht einfach pauschal abzulehnen, wie es die Regierung getan hat», sagte Strüby.

Den halben Nachmittag wogte die Diskussion dann hin und her, ohne dass wirklich neue Aspekte vorgebracht wurden. Mitunter entstand der Eindruck, es gehe weniger um das Klima als um diejenigen, die es thematisieren und Forderungen stellen. Er verstehe die Petitionskommission wirklich nicht, dass sie einen solchen Antrag stelle. «Ich kann diesen Forderungen nichts abgewinnen. Das ist sozialistischer Unsinn», sagte der Binniger FDP-Landrat Marc Schinzel. Was ihm von Linard Candreia (SP) den Vorwurf eintrug, ihm passen ja nur die Juso nicht.

Klaus Kirchmayr (Grüne) sah es am Schluss positiv. Es sei ein gutes Zeichen, wenn bei einem Thema die Emotionen hochgehen. «Es sind diese Diskussionen, die am Schluss zum Handeln führen», sagte Kirchmayr.

Thomas Gubler